

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 25. Oktober 2002, 17:00 Uhr,

im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss,

- Anwesenheit:**
- SPD:** Aab, Acker, Brahms, Chatzievgeniou, Daser, Dinnebier, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Schlüter-Böhm, Schröter, Schulze-Stampe, Seelig, Sell, Severin, Spies, Dr. Weinbach;
- CDU:** Dersch, Gottschlich, Heck, Heubel, Kaufmann, Kissel, Lohse, Mehnert, Oppermann, Rehlich, Rising Hintz, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Usinger, Dr. Wulff;
- GRÜNE:** Dr. Baumann, Floherschütz, Göttling, Keller, Lakner, Laßmann, Markus, Neuwohner, Dr. Perabo, Schäfer;
- PDS/ML:** Gottschaldt, Kolter, Köster-Sollwedel, Metz;
- BfM:** Faecks, Schwindack, Zaun;
- F.D.P.:** Röllmann, Schwebel, Wüst;
- MBL:** Dr. Huesmann, Ludwig;

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Möller,
Bürgermeister Vaupel,
Stadtrat Dr. Kahle;

vom ehrenamtlichen Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadträtin Dinnebier,
Stadtrat Reinhard,
Stadträtin Schultheiß,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Wehrum;

es fehlen entschuldigt:

Becker – SPD –, Pötter – CDU –, Stadträtin Amend-Wegmann;

Schritfführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - eröffnet die Sitzung um 17:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgebracht.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 27. September 2002 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Die MBL-Fraktion legt einen Dringlichkeitsantrag betr. Kostenloses Kurzzeitparken in der Marburger Innenstadt ab November 2002 vor. Der Antrag liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Der Stadtverordnete Ludwig - MBL - begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -.

In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, BfM, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist das von der Hessischen Gemeindeordnung geforderte Quorum von 2/3 des Hauses jedoch nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt noch die in den Ausschüssen zu den einzelnen Vorlagen angemeldeten Aussprachen und sonstige Veränderungen der Tagesordnung bekannt. Die Tagesordnung wird im übrigen so genehmigt.

zu 4 Postkartenaktion: 'Wir sagen NEIN zu Gewalt an Frauen und Kindern' in Marburg im Rahmen des Internationalen Tages 'NEIN zu Gewalt an Frauen' am 25. November jeden Jahres. Vorlage: VO/0752/2002

Die Vorsitzende der Gleichstellungskommission des Magistrats, die ehrenamtliche Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek - SPD -, spricht zu diesem Tagesordnungspunkt und erläutert die Postkartenaktion. Für den Magistrat sprechen alle hauptamtlichen Magistratsmitglieder. Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - gibt für die Stadtverordnetenversammlung ein Statement zu dieser Aktion ab.

Eine besondere Aussprache wurde nicht gewünscht.

zu 5 **Fragestunde**

zu 5.1 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.1 10/02)**
Vorlage: VO/0735/2002

Der Magistrat war Ende vergangenen Jahres von der Stadtverordnetenversammlung aufgefordert worden, Zahlen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in Marburg vorzulegen und über die aus möglichen Veränderungen der Prognosen resultierenden Konsequenzen für die künftige Stadtentwicklung zu berichten. Wann ist mit der Vorlage dieses Berichtes zu rechnen, zumal auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit einem erheblichen Bevölkerungsrückgang zu rechnen ist?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Erstellung einer Bevölkerungsprojektion ist eine umfassende und arbeitsintensive Aufgabe, die für Marburg in den vergangenen Monaten gründlich bearbeitet wurde. Nach gegenwärtigem Bearbeitungsstand wird das Amt für Stadtentwicklung bis Ende des Jahres einen Bericht vorlegen. Dieser wird dann Gegenstand ausführlicher Erörterungen in den städtischen Gremien sein können. Wegen der Komplexität des zu bearbeitenden Zahlenmaterials und der weitreichenden Bedeutung der Projektionswerte für die künftige Stadtentwicklung ist die Bearbeitungszeit von rd. 1 Jahr für das Projekt angemessen.

zu 5.2 **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.2 10/02)**
Vorlage: VO/0736/2002

Wurden bei der Entfernung der PCB-haltigen Deckenplatten in der Theodor-Heuss-Schule im Sommer diesen Jahres die nach der hessischen PCB-Richtlinie geforderten Arbeitsschutzmaßnahmen eingehalten, und sind die PCB-haltigen Abfälle als überwachungsbedürftige Abfälle deklariert, befördert und entsorgt worden und wenn ja, wo und mit welcher Entsorgungsnachweisnummer?

Es antwortet der Bürgermeister.

Um auf die bekannt gewordenen PCB-Messwerte umgehend zu reagieren und die beiden Räume mit den höchsten Belastungen noch in den Schulferien zu sanieren, wurde eine Trockenbaufirma mit dem Deckenausbau beauftragt. Die Firma hat gesundheitlich überwachte Mitarbeiter unter Verwendung persönlicher Schutzausrüstung die Arbeiten ausführen lassen. Die Deckenplatten sind der BefA (Müllumladestation Marburg) unter der Entsorgungsnachweisnummer VNF66MR00114 angedient worden.

zu 5.3 **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Frederic Schwindack (Nr.3 10/02)**
Vorlage: VO/0737/2002

Es ist in letzter Zeit um die Sporthalle der Kaufmännischen Schulen ruhig geworden.

Wie ist das Kosten-Nutzen-Verhältnis dieser Halle, und welche Veranstaltungen haben dort in den letzten 12 Monaten mit welchen Einnahmeergebnissen stattgefunden?

Es antwortet der Bürgermeister.

Wie in den vergangenen Jahren auch ist die Großsporthalle der Kaufmännischen Schulen vollständig ausgelastet. Die einzelnen Nutzer und Veranstaltungen können dem Belegungsplan entnommen werden (siehe Anlage zur Niederschrift).

Insgesamt wurden 13.915,37 € in o. a. Zeitraum eingenommen.

zu **5.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Frederic Schwindack (Nr.4 10/02)**
Vorlage: VO/0738/2002

Wie ist der Stand der Verkaufsbemühungen bezüglich Michelbach-Nord?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Hess. Landgesellschaft mbH Kassel (HLG), die als Entwicklungsträger die Entwicklungsmaßnahme für das Neubaugebiet Michelbach-Nord betreut, hat mit dem Sachstandsbericht 2001 im Januar 2002 bis zu diesem Zeitpunkt die Vermarktungssituation (s. Anlage) dargelegt.

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 26.08.2002 den Sachstandsbericht der HLG zum Neubaugebiet Michelbach-Nord zur Kenntnis genommen und über den aktuellen Verhandlungsstand informiert, dass ab 2003 die SEG die Projektentwicklung und Vermarktung übernehmen soll. Da ab 01.10.2002 die neue Hess. Bauordnung (HBO) in Kraft getreten ist und Befreiungen von Festsetzungen des Bebauungsplanes auch zukünftig Bauantragsverfahren erforderlich machen, wird der Bebauungsplan in mehreren Teilbereichen geändert, um die städtebaulich vertretbaren Änderungen planungsrechtlich abzusichern, so dass eine bessere Vermarktungsmöglichkeit gewährleistet wird.

Die HLG hat mit Datum vom 08.10.2002 mitgeteilt, dass bis Ende Sept. 2002 vier Einfamilienhausgrundstücke im 2. Bauabschnitt sowie das Kindergartengrundstück verkauft worden sind. Die Verkaufsfläche beträgt ca. 3.050 qm, der Verkaufserlös ca. 373.500 €.

Zur Zeit bestehen Reservierungen für zwei Reihenhaus- und drei Einfamilienhausgrundstücken, wobei die letzteren noch in diesem Jahr verkauft werden dürften.

Um 17:55 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Heinz Ludwig - MBL - die Sitzungsleitung.

zu **5.5** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Roxane Schröter (Nr.5 10/02)**
Vorlage: VO/0739/2002

Wie ist der aktuelle Stand an der Bushaltestelle „Botanischer Garten“? Wird eine Verlegung der Bushaltestelle in Richtung des Parkdecks des Fachbereichs Biologie noch in Betracht gezogen, und was soll mit der brüchigen Treppe an der Haltestelle in Richtung Konrad-Adenauer-Brücke geschehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Verlegung der Haltestelle „Botanischer Garten“ in Richtung des Parkdecks des Fachbereichs Biologie wird nicht in Betracht gezogen, weil hierzu in der Karl-von-Frisch-Straße eine Wendemöglichkeit für Gelenkbusse fehlt und für den Bau schon seit Jahren keine Gelder zur Verfügung stehen. Die Anlage des Wendeplatzes auf Universitätsgelände ist zu dem problematisch.

Nur mit den Kleinbussen der Linie 16 wird bei der Fahrt zum und vom Klinikum die hierfür in der Karl-von-Frisch-Straße eingerichtete Haltestelle angefahren.

Für die Reparatur der Treppe an der Haltestelle „Botanischer Garten“ in Richtung Innenstadt ist das Staatsbauamt zuständig. Dieses wird um Beseitigung der Schäden gebeten.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schröter - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **5.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Christa Perabo (Nr.6 10/02)**
Vorlage: VO/0740/2002

Kann der Magistrat Auskunft geben, in welcher Form die Stadt Marburg den neuen Bundesregelungen zur eingeschränkten Nutzung von Laubblasgeräten nachkommt und wie sie sicherstellen will, dass private Nutzer den Gebrauch von Laubblasgeräten einschränken?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Nach der momentanen Rechtslage ist das Staatliche Umweltamt, Regierungspräsidium Gießen, für die Umsetzung der neuen Vorschriften zuständig und nicht die Stadt Marburg. Inwieweit die Durchführungsbestimmungen, die noch erwartet werden, andere Zuständigkeitsregelungen enthalten, kann von hier nicht beantwortet werden.

Der DBM richtet sich beim Einsatz der betreffenden Kleingeräte nach den Vorgaben der Verordnung zur Einführung der Geräte- und Maschinen-Lärmschutz-Verordnung vom 29.08.2002.

Demnach werden vom DBM die Geräte ausschließlich an Werktagen in den Zeiten von 09:00 - 13:00 und 15:00 - 17:00 Uhr eingesetzt.

Obwohl die Verordnung eine Abweichung von o. g. Zeiten unter der Voraussetzung vorsieht, wenn diese Geräte mit einem Umweltzeichen nach Art. 8 der Verordnung Nr. 1980/2000 EG gekennzeichnet sind, setzt der DBM die Geräte ausschließlich in den o. g. Zeiten ein, solange keine wirtschaftlichen Gründe ein Ausschöpfen der vollen rechtlichen Möglichkeiten erfordert.

Die Mitarbeiter des DBM weisen auch Privatfirmen im Rahmen einer kollegialen Zusammenarbeit auf die neue Lärmschutzverordnung hin.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Perabo und Schäfer - Bündnis 90/Die Grünen - sowie Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **5.7** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.7 10/09)**
Vorlage: VO/0741/2002

Ist dem Magistrat bekannt, aus welchem Grund die Basketballkörbe auf dem Außengelände der Friedrich-Ebert-Schule während der gesamten Sommerferien 2002 statt wie bisher während der Hälfte der Ferien (Urlaub des Hausmeisters) abgehängt waren? Gibt es Bemühungen, eine Regelung zu finden, nach der die Körbe in den gesamten Ferien bespielbar sind?

Es antwortet der Bürgermeister.

Bedingt durch eine längerfristige Erkrankung des Hausmeisters und zusätzlichen Problemstellungen der Urlaubsvertretung konnten in den diesjährigen Sommerferien die Basketballkörbe auf dem Schulhof der Friedrich-Ebert-Schule zu den vorgegebenen Spielzeiten nicht ordnungsgemäß auf- bzw. abgehängt werden. Die Körbe werden auch zukünftig während der Urlaubszeit des Hausmeisters in den Sommerferien entfernt. Mehrere Anwohner haben sich über die immer mehr zunehmenden Geräuschbeeinträchtigungen des Basketballspiels beschwert, so dass bereits vor längerer Zeit diese Regelung mit der Schule, den Anwohnern und dem Hausmeisterehepaar einvernehmlich getroffen wurde.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Neuwohner und Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen - sowie Metz - PDS/ML - werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **5.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anita Kaufmann (Nr.8 10/02)**
Vorlage: VO/0742/2002

Kann der Magistrat darauf hinwirken, dass an der Haltestelle Cappeler Straße/Ecke Rollwiesenweg ein Bushäuschen aufgestellt wird, da auch hier viele ältere und behinderte Menschen den Bus nutzen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Derzeit werden alle Haltestellen im Stadtgebiet in Zusammenarbeit von Straßenverkehrsbehörde, Tiefbauamt und Stadtwerke kartiert und hinsichtlich ihrer qualitativen Ausstattung kategorisiert.

An diese Erfassung wird sich ein Haltestellenausbauprogramm, das eine entsprechende Prioritätenliste beinhaltet, anschließen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **5.9** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Pandelis Chatzievgeniou (Nr.9 10/02)**
Vorlage: VO/0743/2002

In welchen Schul- und Kindergartengebäuden finden sich noch PCB-belastete Deckenplatten?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Schadstoffbelastung einzelner Bauteile lässt sich nur durch Begutachtung und Laboranalyse durch ein Fachbüro feststellen. Zukünftig werden Untersuchungen in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt nach einer festzulegenden Prioritätenliste stattfinden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster - PDS/ML - wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **5.10** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr.10 10/02)**
Vorlage: VO/0744/2002

Thema: Dorfläden

Im Haushalt 2002 der Stadt Marburg sind im Verwaltungshaushalt 10.000 € und im Vermögenshaushalt 15.000 € veranschlagt.

Welche Schritte hat der Magistrat zur Realisierung der Projekte in Ginseldorf, im Stadtwald und in Michelbach unternommen, und welche Aufträge hat der Magistrat wann und an wen erteilt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Alle drei Initiativen haben aus Mitteln des Verwaltungshaushaltes (10.000 €) anteilige Mittel in Höhe von 3.333 € beantragt. Die entsprechenden Beträge wurden inzwischen ausgezahlt. Das Amt für Stadtentwicklung und städtebauliche Planung hat zudem an die Dorfentwicklungsbehörde beim Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf einen Förderantrag für den Ortsteil Michelbach gestellt. Aufträge hat der Magistrat nicht erteilt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Aab und Severin - SPD - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

Um 18:20 Uhr übernimmt wieder der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer - SPD - die Sitzungsleitung.

zu **5.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr.11 10/02)**
Vorlage: VO/0745/2002

Der Oberhessischen Presse vom 27.09.2002 war zu entnehmen, dass sich Hessens Feuerwehrleute „vom Land nicht anerkannt“ fühlen. Der Hessische Ministerpräsident Koch, so die Kritik des Landesfeuerwehrverbandes vom 26.09.2002, habe einerseits eine bereits geplante „Helferparty“ für ehrenamtliche Mitglieder von Hilfsorganisationen wegen Geldmangels abgesagt, würde andererseits aber einen Empfang für „Hessische Majestäten“ wie Wein- oder Wichtelköniginnen geben.

Ist dem Magistrat bekannt, wie die Mitglieder der Marburger Feuerwehr und an-

derer Hilfsorganisationen in der Stadt auf dieses Verhalten des Ministerpräsidenten reagiert haben?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Aus Sicht der Leitung der Freiwilligen Feuerwehr Marburg kann der Stellenwert der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit durch die Hessische Landesregierung nicht an einem Einzelereignis, von dem in der Regel nur einzelne Feuerwehrangehörige (in der Vergangenheit wurden in unregelmäßigen Abständen zwei bis drei Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Marburg zu Veranstaltungen dieser Art eingeladen) betroffen sind, gemessen werden.

Für die Motivation der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen in der Stadt Marburg hat das Land Hessen in den letzten Jahren durch die Bezuschussung einer Vielzahl von Fahrzeug- und Gerätebeschaffungsmaßnahmen mit dazu beigetragen, gute Arbeitsbedingungen für die Feuerwehrarbeit zu schaffen. Eine aufgabengerechte und neue Ausstattung ist ein wesentlicher Faktor für die Motivation der Feuerwehrangehörigen. Die Zusammenarbeit mit dem zuständigen Hessischen Innenministerium in vielen Fragestellungen ist als grundsätzlich sehr gut zu bezeichnen. Sowohl Vertreter der Hessischen Landesregierung als auch Abgeordnete aller Fraktionen des Hessischen Landtages haben anlässlich einer Vielzahl von Veranstaltungen im Zusammenhang mit dem Wirken der Freiwilligen Feuerwehr Marburg gegenüber den Angehörigen der Einsatzabteilungen immer wieder ihren Dank und die Anerkennung der ständig schwierig werdenden Arbeit in vielfältiger Art zum Ausdruck gebracht.

Zu beachten ist bei der Frage der Anerkennung der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit vor allem die notwendige Unterstützung durch die städtischen Gremien, da die Verantwortung zur Gefahrenabwehr eine kommunale Aufgabe darstellt. Auch hier gab es in der aktuellen Vergangenheit eine vielfältige positive Bewertung der Feuerwehrarbeit. Diese auch weiterhin notwendige positive Bewertung der ehrenamtlichen Feuerwehrarbeit in der Stadt Marburg durch die zuständigen Gremien wird im Hinblick auf die offenbar schwieriger werdenden Haushaltslagen einer ständigen Neubetrachtung zu unterziehen sein, wobei auch ein Umgang mit dem Ehrenamt zu bewerten sein wird.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schäfer - Bündnis 90/Die Grünen -, Ludwig - MBL - und erneut Schäfer - Bündnis 90/Die Grünen - werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 5.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.12 10/02)
Vorlage: VO/0747/2002**

Welche Kosten entstehen der Stadt Marburg jährlich durch die Bereitstellung eines Gleisanschlusses für die Müllumladestation, obwohl dieser Anschluss dem Vernehmen nach gar nicht genutzt wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Müllumladestation einschl. der gesamten Infrastruktureinrichtungen wird vom Landkreis Marburg-Biedenkopf bzw. dem Betrieb für Abfallwirtschaft betrieben. Die Stadt Marburg hat daher weder Einfluss auf die Nutzung oder Nicht-Nutzung eines Gleisanschlusses noch entstehen ihr dadurch gesonderte Kosten.

(Anmerkung: Aufgrund eines Beschlusses des Kreistages soll der Gleisanschluss zunächst bis 2005 erhalten werden, um die Option zu sichern, zu einem späteren Zeitpunkt die derzeit per LKW durchgeführten Abfalltransporte wieder auf der Schiene zur Deponie bzw. Verbrennungsanlage zu ermöglichen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind natürlich in den Beseitigungsgebühren des Kreises eingerechnet.)

zu **5.13** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.13 10/02)**
Vorlage: VO/0748/2002

Ist es zutreffend, dass die Stadtwerke Marburg den Besetzern des ehemaligen Behring-Labors umgehend einen Strom- und Wasseranschluss gelegt haben, wer ist der Auftraggeber und wer trägt die Kosten?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es ist nicht zutreffend, dass ein Wasser- und/oder Stromhausanschluss in Betrieb genommen beziehungsweise gelegt wurde.

Lediglich im Namen und auf Rechnung des Landtagsabgeordneten Dr. Spies wurde für 10 Tage ein sogenanntes Standrohr im Straßenraum aufgestellt. Diese Maßnahme war nach Auskunft von Herrn Dr. Spies zur Vermeidung von hygienischen Problemen notwendig.

Wie aus der OP vom 27. September 2002 zu entnehmen ist, versorgen sich die Besetzer des ehemaligen Behringlabors über Nachbarschaftshilfe mit Strom und Wasser.

zu **5.14** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Gregor Huesmann (Nr.14 10/02)**
Vorlage: VO/0749/2002

Wie viele Mülltonnen sind bislang durch den Einsatz des probeweise eingeführten sog. Seitenladers (Mülleinsammelfahrzeug) so stark beschädigt worden, dass ein Austausch der Tonnen notwendig wurde? Ist es zutreffend, dass pro Einsatzfahrt bis zu sechs Tonnen ausgetauscht werden müssen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Projekt: Einsatz eines Müllsammelfahrzeuges mit Seitenladertechnik
Projektdauer: 29.04.2002 bis 28.06.2002

In der Zeit vom 29.04.2002 bis 03.06.2002 wurde ein Seitenladerfahrzeug mit sogenannter Doppelschüttung (2-Eimer- bzw. Containerschüttung) eingesetzt. Durch den Einsatz dieser Technik wurden direkt keine Mülltonnen beschädigt. Bereits defekte Müllgefäße (schwerpunktmäßig kleine 120 l Gefäße) wurden allerdings während des Leerungsvorgangs aufgrund ihrer Beschädigungen im Halterungsbereich wiederholt mit in das Leerungsfahrzeug gekippt.

In diesem Zusammenhang ist es auch mal vorgekommen, dass auf einer Sammeltour 6 defekte, kleine Müllgefäße abhanden gekommen sind, die ersetzt werden mussten. Ab dem 04.06.2002 wurde ein Seitenladerfahrzeug mit einer Ein-fachsüttung (1-Eimerschüttung) ausprobiert. Beim Einsatz dieser Technik tra-

ten keine der o. g. Probleme auf.

zu **5.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Erika Lotz-Halilovic (Nr.15 10/02)**
Vorlage: VO/0766/2002

Wie lange dauert zur Zeit die Bearbeitung eines Wohngeldantrages bei der Stadt Marburg? Wie viele MitarbeiterInnen stehen hierfür zur Verfügung?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Wohngeldantrag beträgt derzeit 3 - 4 Monate.

Es stehen 4 MitarbeiterInnen zur Verfügung

Zusatzfragen der Stadtverordneten Köster - PDS/ML -, Lotz-Halilovic und Chatzievgeniou - SPD - sowie erneut Köster - PDS/ML - werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **5.16** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.16 10/02)**
Vorlage: VO/0767/2002

Wie lange ist zur Zeit im Wohnungsamt die durchschnittliche Bearbeitungszeit eines Wohngeldantrages und durch welche organisatorischen Veränderungen lässt sich deren dem Vernehmen nach unverhältnismäßige Dauer (mehr als zwei Monate) verkürzen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die durchschnittliche Bearbeitungszeit für einen Wohngeldantrag beträgt derzeit 3 - 4 Monate.

Eine Verkürzung ist nur durch personelle Verstärkungen zu erreichen. Für den Stellenplan 2003 sind zusätzliche Planstellen beantragt.

zu **5.17** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.17 10/029)**
Vorlage: VO/0768/2002

Welche organisatorischen Voraussetzungen wird der Magistrat dafür schaffen, dass in diesem Jahr auch Familien, in denen beide Elternteile bzw. ein alleinerziehendes Elternteil vormittags berufstätig sind, die faktische Möglichkeit erhalten, eine der begehrten Standplatzkarten für die Spielzeughörse zu besorgen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die Tischkarten für die Spielzeughörse werden vom 28.10.02 – 08.11.02 bei der Jugendförderung (Haus der Jugend) in der Frankfurter Str. 21 zu folgenden Öffnungszeiten verkauft:

Mo. – Fr. 8.00 – 12.00 Uhr
Mo. – Mi. 14.00 – 16.00 Uhr

Do. 15.00 – 18.00 Uhr

Die große Nachfrage nach Karten am ersten Tag ist nicht gleichbedeutend, dass auch dann schon alle Karten verkauft werden. Am ersten und zweiten Tag kommen sehr viele Bürgerinnen und Bürger, um die Karten zu erwerben. Aber aus Erfahrung kann man sagen, dass bis wenige Tage vor der Spielzeugbörse immer noch Karten zur Verfügung stehen.

In diesem Jahr wird die Jugendförderung 50 Tischkarten zum Verkauf an den Donnerstag-Nachmittagen zurückhalten; damit Kinder und Eltern, die erst am späten Nachmittag Zeit haben, sich um die Beschaffung der Karten zu kümmern, auch noch ausreichend Exemplare vorfinden.

zu **5.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Friedhelm Faecks (Nr.18 10/02)**
Vorlage: VO/0769/2002

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung hat dem Magistrat im Frühjahr 2002 den Auftrag erteilt, in vielfältiger Hinsicht die Bildung der Region Mittelhessen unter besonderer Berücksichtigung der Kooperation der drei Städte Marburg – Gießen – Wetzlar und der dazugehörige Landkreise bis hin zum Vogelsberg, zu fördern. Wie ist der Stand der Bemühungen des Magistrats? Welche Ergebnisse liegen vor?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Als Keimzelle der Region Mittelhessen hat die Lenkungsgruppe beim Regierungspräsidenten, in der die Stadt Marburg durch den Oberbürgermeister vertreten ist, inzwischen die Grundzüge für den Aufbau eines Regionalmanagements erarbeitet und beschlossen. Angestrebt wird:

1. Gründung einer Trägerorganisation in der Rechtsform eines e. V.
2. Übertragung der Geschäftsführung an die IHK Gießen - Friedberg, vertreten durch deren Hauptgeschäftsführer
3. Erlangung von Mitgliedschaften und Beiträgen durch
 - Landkreise und Oberzentren 20.000 €
 - Mittelzentren 7.500 €
 - Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern 5.000 €
 - sonstige Mitglieder 5.000 €
 - Fördernde Mitglieder 1.000 €
4. Einwerbung eines Gesamtbudgets in Höhe von 300.000 € mit einem Landeszuschuss in Höhe von 160.000 €
5. Bearbeitung der Themenkomplexe:
 - Bildungsregion
 - Innovationsregion
 - Infrastruktur und Mobilität
6. Start des Projekts: 01.01.2003

zu **5.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.19 10/02)**
Vorlage: VO/0770/2002

Welche baulichen Eingriffe/Veränderungen sind seitens des Magistrats im Bereich des Lahnufers in diesem und in den nächsten Jahren geplant?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die oberstromige Anbindung der Lahn im Bereich des Altarmes in Cappel – Fischerwiesen:

Vorbereitende Gespräche mit dem Planungsbüro und den zu beteiligenden Behörden werden hierzu in Kürze stattfinden. Nach Abschluss des Genehmigungsverfahrens soll die Maßnahme in 2003, evtl. 2004, durchgeführt werden.

Aufwertung des Lahnvorlandes am Behördenviertel:

Als nächster Schritt wird ein Aufwertungskonzept, das den Gesamtbereich, die o. g. Alternativen und die Prämisse einer abschnittsweisen Realisierung berücksichtigt, entwickelt (Fragestunde zur letzten Stadtverordnetenversammlung vom 27.09.02). Mit diesen Vorschlägen sollen dann die im Naturschutz tätigen Verbände und Anlieger einbezogen werden. Ein Zeitplan für konkrete bauliche Maßnahmen kann in Folge dessen erst nach Beendigung dieser Planungen erstellt werden.

zu **5.20** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.20 10/02)**
Vorlage: VO/0771/2002

In wie vielen Fällen sind von der nach § 34 HMG verhängten Auskunftssperre Väter und Mütter minderjähriger Kinder betroffen, und wurde in diesen Fällen das Jugendamt von der Auskunftssperre in Kenntnis gesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Zu diesem sensiblen Themenbereich werden keine statistischen Auswertungen geführt.

Es besteht keine Veranlassung und Verpflichtung, das Jugendamt über eine verhängte Auskunftssperre zu unterrichten.

Zur Verdeutlichung wird noch einmal darauf hingewiesen, dass es sich bei Auskunftssperren um einen rein melderechtlichen Vorgang handelt, der im übrigen nicht in die jeweilige Einzelfallproblematik eingreift.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **5.21** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Acker (Nr.21 10/02)**
Vorlage: VO/0772/2002

Ist der von der Stadtverordnetenversammlung im Januar 2002 verabschiedete Bebauungsplan für den Bereich Kaufpark Wehrda (OBI) mittlerweile Rechtskräftig und wenn nicht, was sind hierfür die Gründe?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der bereits vor Offenlagebeschluss im Juli 2001 eingereichte Bauantrag wurde im März 2002, d. h. nach Satzungsbeschluss des Bebauungsplanes, positiv beschieden. Der Bebauungsplan selbst hatte neben der Änderung der Sondergebietsfestsetzung auch die Klarstellung zum Ausbau der Straße „Am Schwarzenborn“ zum Inhalt. Eine Einigung zwischen dem Eigentümer der Sondergebietsfläche und der Stadt bzgl. Flächenübergangs für den Straßenausbau war im Verfahren angestrebt, kam jedoch nicht zu Stande.

Die Baugenehmigung wurde mit einem städtebaulichen Vertrag - entsprechend Stadtverordnetenbeschluss – verknüpft, worin Modalitäten des naturschutzrechtlichen Ausgleichs geklärt werden. Um den Vertragsabschluss nicht durch den Umstand bereits rechtskräftiger Verhältnisse zu gefährden, wurde die amtliche Bekanntmachung und damit das Inkrafttreten aufgeschoben. Da inzwischen eine Sicherheitsleistung für die Herstellung der Ausgleichsmaßnahmen eingegangen ist, wurde die Bekanntmachung kurzfristig (24.10.2002) nachgeholt.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Acker - SPD - wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **5.22** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr.22 10/02)**
Vorlage: VO/0773/2002

An welchen Stellen in der Stadt Marburg hat der Magistrat im laufenden Jahr öffentliche Bepflanzungen entfernen lassen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Wir gehen davon aus, dass mit Entfernen von Bepflanzung die Reduzierung der Sommer-Wechselbepflanzung gemeint ist. Nachfolgend die Aufstellung der Standorte, bei denen die Wechselbepflanzung entfallen ist:

Kernstadt:

Gutenbergstr.	7 Stck.	Pflanzgefäße
Alte Schule Ockershausen	7 Stck.	Pflanzgefäße
Schülerpark	1 Stck.	Pflanzgefäß
Konrad-Adenauer-Brücke	90 Stck.	Balkonkästen
Kurt-Schumacher-Brücke	30 Stck.	Balkonkästen
Barfüßerstraße	18 Stck.	Pflanzgefäße

Stadtteil Einhausen:	33 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Dilschhausen:	2 Stck.	Pflanzgefäße
Stadtteil Haddamshausen:	4 Stck.	Pflanzgefäße
	3 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Michelbach:	2 Stck.	Pflanzgefäße
	3 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Wehrda:	39 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Marbach:	5 Stck.	Pflanzgefäße
Stadtteil Bauerbach:	2 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Ginseldorf:	18 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Schröck:	1 Stck.	Pflanzgefäß
	12 Stck.	Balkonkästen

Stadtteil Cappel:	4 Stck.	Pflanzgefäße
	32 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Ronhausen:	13 Stck.	Pflanzgefäße
	14 Stck.	Balkonkästen
Stadtteil Bortshausen:	3 Stck.	Pflanzgefäße

Balkonkästen = mobil, werden im Herbst abgefahren

Pflanzgefäße = stationär, vor Ort Bepflanzung

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel - FDP - und Metz - PDS/ML - werden ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **5.23** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.23 10/02)**
Vorlage: VO/0782/2002

Können die Stadtverordneten eine Aufstellung darüber bekommen, wie viel Geld für welche Programme in der Altenbetreuung von der Stiftung St. Jakob ausgegeben werden (im vorigen Jahr erhielt die Stiftung DM 200.000,--, in diesem Jahr EUR 102.260,--)?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die Aufwendungen der Stiftung St. Jakob für die Begegnungsstätte St. Jakob und des Begegnungszentrums Auf der Weide werden als jeweilige Kostenstellen kalkuliert und berechnet.

Die Kosten für das Wirtschaftsjahr 2001 sowie die Kalkulation für das laufende Wirtschaftsjahr 2002 für die jeweiligen Kostenarten ergeben sich aus den anliegenden Aufstellungen.

Die Inhalte bezüglich der Programme, Angebote und Veranstaltungen sind ebenso in den Anlagen aufgelistet (siehe Anlage zur Niederschrift).

zu **6** **Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2002 bis 2006 der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2003 mit ihren Anlagen und Stellenplan 2003**
Vorlage: VO/0717/2002

Zu diesem Tagesordnungspunkt hält der Oberbürgermeister seine Haushaltsrede. Im Anschluss daran wird die Haushaltsrede in schriftlicher Form an alle Stadtverordneten und Magistratsmitglieder verteilt.

Der Stadtverordnete Acker - SPD - beantragt nach den Ausführungen des Oberbürgermeister, das Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2002 - 2006 und die Haushaltssatzung an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen.

Dagegen wird aus dem Hause nicht gesprochen.

Folglich wird wie vorgeschlagen verfahren.

zu 7

Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2001
Vorlage: VO/0723/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Oberbürgermeister sowie die Stadtverordneten Köster - PDS/ML -, Acker - SPD -, Röllmann - FDP -, Rehlich - CDU - und Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Ergebnisse der Jahresrechnung werden wie folgt festgesetzt:

Verwaltungshaushalt	Einnahme	288.428.269,81 DM
----------------------------	-----------------	--------------------------

	Ausgabe	288.428.269,81 DM
--	----------------	--------------------------

Vermögenshaushalt	Einnahme	66.256.202,72 DM
--------------------------	-----------------	-------------------------

	Ausgabe	66.256.202,72 DM
--	----------------	-------------------------

2. Dem Magistrat wird für die Jahresrechnung der Stadt Marburg aufgrund des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes gemäß § 114 HGO Entlastung erteilt.

Um 19:55 Uhr übernimmt der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Wulff - CDU - die Sitzungsleitung.

zu 8

Wirtschaftsplan 2002 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/0638/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen Stadtrat Dr. Kahle sowie die Stadtverordneten Röllmann - FDP -, Dr. Wulff - CDU -, Lotz-Halilovic - SPD - sowie erneut Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der FDP-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Nach § 8 Abs. 1 der Verfassung der Stiftung St. Jakob wird dem Wirtschaftsplan der Stiftung St. Jakob für das Wirtschaftsjahr 2002, bestehend aus:

dem **ERFOLGSPLAN**
dem **VERMÖGENSPLAN**
sowie der **STELLENÜBERSICHT**

zugestimmt.

- zu **9** **Bauleitplanung der Stadt Marburg**
·**Offenlage Bebauungsplan Nr. 4/4 Fronhof**
·**Aufstellungsbeschluss und Offenlage Flächennutzungs- und**
Landschaftsplanänderung Nr. 4/5 Fronhof
Vorlage: VO/0710/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. **Aufstellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungs- und Landschaftsplanes der Stadt Marburg Nr. 4/5 im Bereich Fronhof.**
2. **Offenlagenbeschluss zur Flächennutzungs- und Landschaftsplanänderung Nr. 4/5 Fronhof.**
3. **Offenlagebeschluss zum Bebauungsplanentwurf Nr. 4/4 Fronhof einschl. Begründung.**

- zu **10** **Dringlichkeitsanträge**

Es wurden keine Vorlagen in die Tagesordnung aufgenommen.

- zu **11** **Anträge der Fraktionen**

- zu **11.1** **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Erhalt des optischen und gegenständlichen Schutzes der verkehrsberuhigten Zone Barfüßerstraße**
Vorlage: VO/0623/2002

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann - Bündnis 90/Die Grünen -. Nach eingehender Diskussion wurde der Antrag im Umweltausschuss wie folgt umformuliert:

Der Magistrat wird aufgefordert, durch Gespräche mit der Straßenverkehrsbehörde, den Anwohnern und Geschäftsleuten (Übernahme von Patenschaften) dafür Sorge zu tragen, durch die Aufstellung vermehrter Möblierung in der Barfüßerstraße den rechtlichen Charakter dieser Straße als verkehrsberuhigte Zone zu sichern.

In dieser Fassung empfiehlt der Umweltausschuss die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

In der Stadtverordnetenversammlung wird die Aussprache zu dem Antrag jedoch nicht gewünscht.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung aus der CDU-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, durch Gespräche mit der Straßenverkehrsbehörde, den Anwohnern und Geschäftsleuten (Übernahme von Patenschaften) dafür Sorge zu tragen, durch die Aufstellung vermehrter Möblierung in der Barfüßerstraße den rechtlichen Charakter dieser Straße als verkehrsberuhigte Zone zu sichern.

zu 11.2 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Querungshilfe Schützenstraße**
Vorlage: VO/0625/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Antragstext ist von der antragstellenden Fraktion im Ausschuss abgeändert worden. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Querungshilfe und/oder ein Fußgängerüberweg in der Schützenstraße in Höhe der Straßen Im Gefälle/Dürerstraße eingerichtet werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, zu prüfen, ob eine Querungshilfe und/oder ein Fußgängerüberweg in der Schützenstraße in Höhe der Straßen Im Gefälle/Dürerstraße eingerichtet werden kann.

zu 11.3 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Bushaltestellen Wilhelm-Roser-Straße und Eisenacher Weg**
Vorlage: VO/0627/2002

Die Antragsteller ziehen die Vorlage zurück.

zu 11.4 **Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Anwohnerparken**
Vorlage: VO/0660/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Im Bau- und Planungsausschuss bestand Einvernehmen, dass im Antragstext anstelle des Begriffs "Anwohnerparkbereich" der Begriff "Bewohnerparkbereich" verwendet werden soll.

Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung daher folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, in folgenden Straßen einen Bewohnerparkbereich auszuweisen:

1. Alte Kasslerstr. ab Jägertunnel, Pasternakstr., Andréstr., Lenaustr., Violastr., Dürerstr., Ecke Dürerstr./ Schützenstr., Ecke Im Gefälle / Schützenstr., Rondell Beginn Hans-Sachsstr.

2. für Bahnnutzende alternative Parkmöglichkeiten auszuweisen (z.B. Gespräche mit der DB zwecks Nutzung des Bahngeländes).

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, in folgenden Straßen einen Bewohnerparkbereich auszuweisen:

1. **Alte Kasslerstr. ab Jägertunnel, Pasternakstr., Andréstr., Lenaustr., Violastr., Dürerstr., Ecke Dürerstr./ Schützenstr., Ecke Im Gefälle / Schützenstr., Rondell Beginn Hans-Sachsstr.**
2. **für Bahnnutzende alternative Parkmöglichkeiten auszuweisen (z.B. Gespräche mit der DB zwecks Nutzung des Bahngeländes).**

**zu 11.5 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Tempo - 30 - Zone im Stadtteil Stadtwald
Vorlage: VO/0661/2002**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS und Nein-Stimmen aus CDU, FDP, BfM und MBL folgenden Beschluss:

Der Oberbürgermeister als Leiter der Verkehrsbehörde wird aufgefordert, folgende Straßen im Stadtteil Stadtwald als Tempo – 30 - Zonen auszuweisen:

Hannah – Arendt - Str., Anne – Frank - Str., Hedwig – Jahnow - Str., Dietrich – Bonhoeffer - Str., Jakob – Kaiser - Str. und Edith – Stein - Str.

**zu 11.6 Antrag der Fraktionen B90/Die Grünen und SPD betr. Austausch zwischen den Partnerstädten im Rahmen der Jugendförderung
Vorlage: VO/0662/2002**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Der Antrag ist auch im Schul- und Kulturausschuss behandelt worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Spies - SPD -.

Der Antrag ist von den Antragstellern wie folgt geändert worden:

Im letzten Satz werden die Worte "in der Dezembersitzung" ersetzt durch die Worte "möglichst bald". Mit dieser Änderung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung zu der Vorlage.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Antrag in der vom Schul- und Kul-

turausschuss geänderten Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, wie im Rahmen der Jugendförderung den Austausch zwischen den Partnerstädten und Marburg durch eine engere Kooperation der Jugendämter und Jugendhilfeorganisationen intensiviert werden kann, um Jugendlichen aus Marburg und den Partnerstädten die Teilnahme an gemeinsamen Projekten und Aufenthalten zu ermöglichen.

Über seine Aktivitäten ist dem Stadtparlament möglichst bald ein Bericht vorzulegen.

zu 11.7 **Antrag der Fraktionen SPD und B90/Die Grünen betr. Tempo 30 vor Marburger Schulen und Kindergärten**
Vorlage: VO/0663/2002

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann - CDU -. Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen, PDS, CDU und BfM bei Nein-Stimmen aus der CDU, der FDP und der MBL und einer Enthaltung aus der CDU folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Straßenverkehrsbehörde zu veranlassen, an allen Schulen und Kindergärten in der Stadt Marburg die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren.

Als ersten Schritt soll an der Theodor-Heuss-Schule begonnen werden.

zu 11.8 **Antrag der BfM-Fraktion betr. Aufbewahrungsmöglichkeiten zur vorübergehenden Abgabe von Einkaufsgut**
Vorlage: VO/0695/2002

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende Stadtverordneter Göttling - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Antrag ist im Haupt- und Finanzausschuss wie folgt abgeändert worden:

Der Magistrat wird gebeten, unter Einbeziehung des MAK zu prüfen, ob und wie in der Vorweihnachtszeit, beginnend mit dem ersten Advents-Wochenende, gesicherte Aufbewahrungsmöglichkeiten zur vorübergehenden Abgabe von Einkaufsgut geschaffen werden könne, z. B. in der Schirne (Rathaus) oder - wie schon einmal geschehen - durch einen historischen Bus.

Zu dem so geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, unter Einbeziehung des MAK zu prüfen, ob und wie in der Vorweihnachtszeit, beginnend mit dem ersten Advents-Wochenende, gesicherte Aufbewahrungsmöglichkeiten zur vorübergehenden Abgabe von Einkaufsgut geschaffen werden könne, z. B. in der Schirne (Rat-

haus) oder - wie schon einmal geschehen - durch einen historischen Bus.

zu 11.9 **Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Kürzungen im Sozialbereich**
Vorlage: VO/0712/2002

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo - Bündnis 90/Die Grünen -. Der Antrag ist im Sozialausschuss wie folgt geändert worden:

Der Magistrat wird aufgefordert, so schnell wie möglich der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten, durch welche Kürzungen des Landes in den Jahren 2002 bzw. 2003, in welcher Höhe, welche Träger betroffen sind.

Dem so geänderten Antrag schließt sich die Fraktion der PDS/ML an.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Antragsfassung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei zwei Gegenstimmen folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, so schnell wie möglich der Stadtverordnetenversammlung darüber zu berichten, durch welche Kürzungen des Landes in den Jahren 2002 bzw. 2003, in welcher Höhe, welche Träger betroffen sind.

zu 11.10 **Antrag der BfM-Fraktion betr. Kinderbetreuung in der Weihnachtszeit**
Vorlage: VO/0732/2002

Für die antragstellende Fraktion berichtet der Stadtverordnete Faecks zur Sache. Er erläutert die Hintergründe dieses Antrages und zieht die Vorlage anschließend zurück. Zur Sache spricht noch der Oberbürgermeister.

Eine Abstimmung erübrigt sich damit.

zu 12 **Kenntnisnahmen**

zu 12.1 **Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Vermögenshaushalt 2002**
hier: Hst. 6820/9352 'Parkzoneneinrichtung Kernbereiche'
Vorlage: VO/0621/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu 12.2 **Überplanmäßige Ausgabe nach § 100 HGO**
hier: Hst. 7910/9250 'Darlehen an SCM'
Vorlage: VO/0633/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **12.3** **Unterrichtung der Stadtverordnetenversammlung über den Stand der Budgets zum 30. September 2002**
Vorlage: VO/0714/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

zu **12.4** **Genehmigung des Haushaltes 2002**
hier: Verfügung des Regierungspräsidiums Gießen
Vorlage: VO/0719/2002

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 21:12 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Spies
stellv. Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Rehlich
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

Anlagen

Dringlichkeitsantrag

Ergänzende Informationen zur Beantwortung von Kleinen Anfragen

- Zu 5.3 Belegungsplan
- Zu 5.4 Bericht
- Zu 5.23 Aufstellungen